

Nigeria vor einer ungewissen Zukunft

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141714>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tagung des Ökumenischen Rates der Kirchen über kirchliche Entwicklungsprojekte

Montreux, vom 26.–31. Januar 1970

«*Entwicklungsprojekte und ihr Beitrag zum Strukturwandel*», – unter dieser Überschrift standen die Referate des dritten Tages. Referenten waren der durch seinen umstrittenen Einsatz für die Unterprivilegierten im Nordosten Brasiliens bekannt gewordene Erzbischof von Olinda und Recife, *Dom Helder Câmara*, und der deutsche Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, *Erhard Eppler*.

Câmara beeindruckte vor allem durch seine charismatische Persönlichkeit und den Mut, unbequem zu sein. Er kritisierte den christlichen «Kreuzzug gegen den Kommunismus» und verlangte um der Ehrlichkeit des christlichen Zeugnisses willen, die Beseitigung der von Christen mitverschuldeten sozialen Ungerechtigkeit. Câmara kritisierte: «Die reichen Länder machen es sich sehr leicht, wenn sie ihr Verhältnis zu den armen Ländern unter dem Aspekt der Finanzhilfe und der technischen Hilfe sehen, die fast immer einer Pseudohilfe gleichkommt, da sie in Wirklichkeit nicht geben, sondern nehmen.» «Ein Strukturwandel in den Entwicklungsländern ist nicht ohne einen Strukturwandel in den entwickelten Ländern möglich . . . es geht um eine umwälzende Veränderung in der Weltpolitik.» Die Aufgaben der Kirchen umschrieb Câmara folgendermassen: «In dieser Zeit der Gewalt und Radikalisierung könnten der Ökumenische Rat der Kirchen und die Päpstliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden (*Iustitia et Pax*) ein Beispiel geben mit der wirksamen Anwendung der Gewalt der Friedliebenden (*la violence des pacifiques*), indem sie die öffentliche Meinung in Europa mobilisieren und damit vielleicht einen moralischen Druck ausüben, der zur Veränderung der hiesigen Strukturen als Voraussetzung für einen Strukturwandel in den Entwicklungsländern beitragen würde.» E.P.D.

Nigeria vor einer ungewissen Zukunft

Wie immer, wenn der Kriegslärm sich gelegt hat, versuchen Berichterstatte aller Enden wieder zu sachlichen Feststellungen anstelle von Schlagzeilen zurückzufinden. Nicht ohne Mühe. Auch in Nigeria, wo zwar die Biafraner die Waffen niedergelegt haben, sind die Bedingungen, die eine objektive Beurteilung erlauben, noch längst nicht gegeben.

Verschiedene Voraussagen haben sich immerhin nicht bewahrheitet. So wurde in den letzten Monaten behauptet, «Biafra werde bis zum letzten Blutstropfen kämpfen», oder «die Regierungstruppen hätten es auf die Ausrottung der Rebellen abgesehen» usw. Was bei all diesen in Umlauf gesetzten Meldungen und Gerüchten auf Rechnung der amerikanischen Public Relations Firma *Markpress* geht, die für Biafra sehr wirkungsvoll Propaganda machte, ist schwer festzustellen. Berichte aus verschiedenen Quellen bestätigen jeden-

falls, dass in Biafra nicht von Genozid gesprochen werden kann. Die Haltung General Gowons, mit seiner anfänglichen Weigerung, das Internationale Rote Kreuz an der Behebung der Notlage teilnehmen zu lassen, und seine ungeschickte Behandlung der Presse erschweren die Klärung der Lage. Doch treffen immer mehr Meldungen ein, wonach die flüchtigen Biafraner in ihre Wohnstätten zurückkehren, soweit sie noch vorhanden sind – und dass das nigerianische Rote Kreuz seiner Aufgabe, der Verteilung von Lebensmitteln und Medikamenten und der Pflege der Verwundeten einigermaßen gewachsen ist. Zu beachten ist auch, dass die Ostprovinz (wie Biafra jetzt wieder heissen wird) schon immer prozentual am meisten ausgebildete Ärzte hatte.

Wiederaufbau Die gegenwärtigen Schwierigkeiten sind sicher noch gross, die noch zu bewältigenden und die Neu-Organisation des Landes Nigeria sind es nicht minder. Als Nigeria 1960 aus dem britischen Kolonialstatus in die Freiheit entlassen wurde, galt es allgemein als Englands Musterkolonie. Doch Ruhe und Ordnung an der Oberfläche täuschten über die inneren Gegensätze weg. Man muss sich erinnern, dass die Hausas im Norden, der Zahl nach, der stärkste Stammesverband waren. Ihre Fürsten und geistigen Führer anerkannten eine indirekte englische Herrschaft über sie unter der Bedingung, dass den christlichen Missionaren die Tätigkeit unter den Hausas nicht gestattet werde. Die Hausas, meist Muslims, stellten bis in die neueste Zeit ein mittelalterliches Relikt dar. Unterricht hiess bei ihnen Unterweisung im Koran und hatte mit einer modernen Ausbildung nichts zu tun.

Kein Wunder, dass die Hausas auch jetzt ihren eigenen Feudalstaat beibehalten möchten. Die Yorubas im Süden und Westen und die Ibos in Ostnigerien, die am Meer wohnen oder in Verbindung mit dem Weltverkehr stehen, sahen schon früh den Wert einer modernen Ausbildung ein. Das gilt vor allem für die Ibos im Osten, die durch katholische Missionare geschult, bis zum Bürgerkrieg die Verwaltungsposten fast aller nigerianischen Gebiete innehatten. Dank ihrer privilegierten Stellung, allerdings auch dank ihrer Arroganz und Habsucht waren sie reichlich unbeliebt, ja verhasst. Alle drei Hauptgruppen, Hausas, Yorubas, und Ibos – daneben aber noch eine grosse Anzahl numerisch geringerer Stämme, konnten sich, als sie aus der Kolonialverwaltung entlassen wurden, nicht mit dem Gedanken abfinden, von Andersstämmigen beherrscht zu werden. Diese Situation hat sich auch durch den Bürgerkrieg und den Verlust von 1 bis 2 Millionen Männern, Frauen und Kindern nicht geändert.

Keine Balkanisierung Afrikas Soll man, wie manche argumentieren, jeden dieser Stämme seinen eigenen Weg gehen lassen? Wirtschaftlich wäre es sicher nicht zu ihrem Vorteil. Eine Vielzahl von untereinander sich befehdenden Stämmen, bei einem Maximum an Unsicherheit und Rückständigkeit, lässt sich heute, gegen Ende des 20. Jahrhunderts, nicht mehr verantworten.

Die Lösung liegt nicht in Auffassungen des 18. Jahrhunderts. Die Macht-

haber der verschiedenen Gebiete Nigerias stimmen denn auch überein, dass die Zukunft Nigerias in einem Staatenbund gefunden werden muss, der irgendwie von einer Zentralregierung zusammengehalten wird. Gegenwärtig sind 12 Verwaltungsbezirke vorgesehen – 6 im Hausagebiet, 3 im Westen, im Stammesgebiet der Yoruba, und 3 in Ost-Nigeria. Doch steht nirgends geschrieben, dass es durchaus 12 Verwaltungseinheiten sein müssen, der Separatismus könnte sich noch weiter geltend machen, so dass auch 15 oder 18 Teilgebiete möglich sind. Der Yoruba-Stammesführer Awolowo ist schärfstens gegen eine weitere Teilung eingestellt, – die Vertreter der Minoritäten andererseits sind vor allem bestrebt, das Aufkommen eines Systems zu verhindern, das, wie in der Vergangenheit, einem starken Stammesverband erlauben würde, die Minderheit zu unterdrücken. Die politischen Führer eines künftigen Nigerias erstrebten schon während des Bürgerkrieges eine Gruppierung von Befürwortern einer straffen Föderation – die Minderheiten andererseits suchten Unterstützung für einen losen Zusammenhang der Stammesgebiete.

Armee und Wiederaufbau Das Bestehen einer Armee von etwa 150 000 Mann – ohne die Biafraner –, meistens jungen, kaum der Schule entwachsenen Leuten oder unterbeschäftigten Bauern, ist ein Umstand, der die Normalisierung auch nicht erleichtert. Das Land bedarf für seine Sicherheit keiner solchen Militärmacht; man darf aber ebensowenig Leute, die zum Töten abgerichtet worden sind, in ihre Dörfer entlassen, ohne ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich für ein normales Leben vorzubereiten. Unter den Offizieren der Regierungstruppen sind Angehörige von Minoritäten, d. h. von kleinen unbedeutenden Stämmen, sehr stark vertreten. General Gowon selbst kommt aus dem Norden, ist aber kein Hausa, sondern gehört einer christlichen Familie aus dem kleinen Angwa-Stamm an. Er soll persönlich integer und human gesinnt sein. Man sagt auch, er habe nicht den Wunsch, das militärische Regime länger als absolut notwendig aufrecht zu erhalten. Er hat fürs erste eine Sezession unter grossen Schwierigkeiten verhindert, und man kann es verstehen, wenn er seinem Ärger über die westliche anmassende Einmischung in diesen Bürgerkrieg Luft macht. Ein Zerfall des Staates hätte natürlich gewissen Mächten, die von Demokratie redeten und Öl meinen, nicht schlecht gedient.

Schweizerische Parallele, der Sonderbundskrieg In der Schweiz besonders sollte man für Gowons Bemühung, dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen, Verständnis haben, waren wir doch 1847 in einer ganz ähnlichen Lage. Sieben katholische Orte, von einer jesuitischen Lobby verhetzt, wollten sich zu einem eigenen Staat von der Eidgenossenschaft loslösen. Vom katholischen Ausland bekamen sie Zusicherungen einer Unterstützung ihrer Sezession. Jedenfalls tat General Dufour, der die eidgenössischen Truppen befehligte, sein Äusserstes, ausländischer Einmischung zuvorzukommen, und machte der Sezession in drei Wochen fast ohne Blutvergiessen ein Ende.

Mit der Beendigung des Bürgerkrieges sind fremde Einmischungsversuche in Nigeria wahrscheinlich noch nicht am Ende. Noch steht vieles auf dem Spiel, und im kommenden Kampf um Positionen dürften die Benachteiligten kaum zögern, die Hilfe, wenn auch nicht militärische Hilfe, ihrer ausländischen Freunde beizuziehen. Auch als «Musterkolonie» Englands und als potentiell reiches Land ist Nigeria noch Jahrzehnte im Rückstand. Von den Staaten des Westens, die die Hand im Spiel hatten, wird wahrscheinlich England in der neuen Rangordnung der Freundschaften an erster Stelle stehen, trotzdem es seine Hilfe limitierte und die Bundestruppen immer wieder ermahnte, Biafra Konzessionen zu machen. Bei den Muslims des Nordens dürfte sich der Einfluss der Sowjetunion aus erklärlichen Gründen mehr fühlbar machen.

Übergang zur modernen Staatsform ist schwierig

Das gegenseitige Misstrauen, das übrigens schon vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges bestand, aber jetzt durch das Moment ausländischer Einflussnahme vermehrt wurde, gehört zu dieser Entwicklungsstufe Nigerias. Wie schwierig der Übergang von einer durch Stammestraktionen bestimmten Ordnung zur modernen staatlichen Organisation sein muss, bekommen wir am Kongo vordemonstriert. Oder – um noch einmal das Beispiel unseres Landes beizuziehen –, der Organisation vom losen Staatenbund zum Bundesstaat gingen bei uns jahrzehntelange Wirren mit Freischarenzügen usw. voraus. Wir sind daher mit COLIN LEGUM, dem ausgezeichneten Afrikakenner, der Auffassung, dass der Sezessionsversuch Biafras, durch den nun vielleicht weitere Separatismen verhindert wurden, nur eines neben vielen andern Problemen Nigerias darstellt. In seinem Artikel im «OBSERVER» vom 18. Januar 1970, dem wir einige unserer Angaben verdanken, glaubt Colin Legum voraussagen zu können, dass Biafra, nachdem jetzt General Gowon eine Amnestie der Bürgerkriegs-Teilnehmer verkündet hat, seinen Platz in einem föderierten Nigeria wird einnehmen können.

Red.

Warnungen von allen Seiten – Stoppt die Aufrüstung, sonst . . . !

Die AZ vom 20. Januar 1970 hat das Verdienst, in unserer Lokalpresse auf zwei Publikationen des unabhängigen schwedischen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung (SIPRI) hingewiesen zu haben, die weltweite Beachtung finden dürften. Dieses Institut mit Sitz in Stockholm sieht seine Aufgabe darin, ohne Rücksicht auf industrielle Interessen darzulegen, welch unheimliche Strecke auf dem Weg in den Abgrund wir in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg zurückgelegt haben.

Die Zürcher AZ schreibt:

«Die Tatsachen, die das schwedische Institut zutage förderte, sollten nachdenklich stimmen, der Friedensforschung Auftrieb geben und der kontrollierten weltweiten Abrüstung das Wort reden.